

Der große Landrausch

Landinvestitionen. Da freie Anbauflächen in vielen Ländern Mangelware sind, kaufen oder pachten Unternehmen Ackerland im Ausland. Vor allem afrikanischer Boden ist für ausländische Investoren eine rentable Anlage. Doch weil dabei die Rechte der einheimischen Bevölkerung oft missachtet werden, ist die Landnahme umstritten.

Im Jahr 2010 pachtet das indische Unternehmen Karuturi Global 100.000 Hektar Ackerfläche in West-Äthiopien – das entspricht einer Fläche, die größer ist als Berlin –, um dort Reis, Mais und Palmölpflanzen anzubauen. In Kamerun betreibt das

US-Finanzunternehmen Herakles Capital eine rund 73.000 Hektar große Palmölplantage.

Diese großflächigen Investitionen ausländischer Unternehmen gehören zu den größten und umstrittensten Landkäufen der Welt. Men-

schenrechtsorganisationen kritisieren, dass beim Verkauf der Flächen keine Rücksicht auf die Rechte der Einheimischen genommen wird. Beim sogenannten Land Grabbing würden sie häufig mit Gewalt aus ihrer Heimat vertrieben und stünden ohne Existenzgrundlage da.

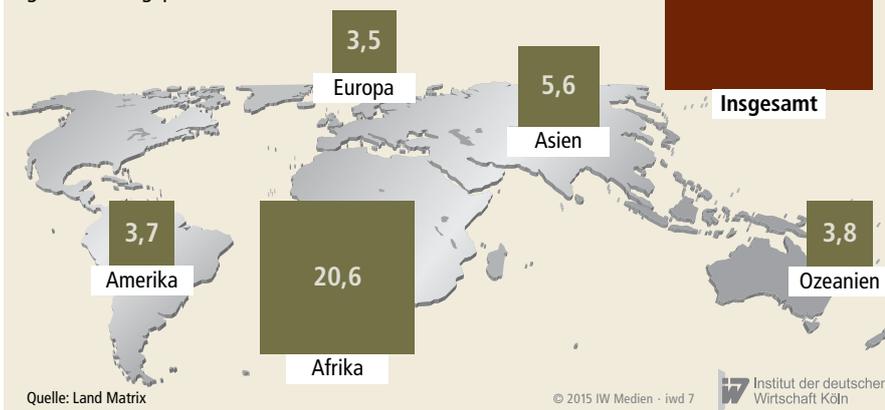
Die Onlineplattform „Land Matrix“ verfügt über die verlässlichsten Daten zu diesen großflächigen Landkäufen und Verpachtungen von Ackerfläche an ausländische Investoren und registriert Käufe ab jeweils 200 Hektar (Kasten Seite 2). Aktuell finden sich auf der Website Daten zu mehr als 1.000 Käufen:

Seit dem Jahr 2000 wurden weltweit mehr als 37 Millionen Hektar Land an ausländische Unternehmen verpachtet oder verkauft – das entspricht ungefähr der Fläche von Deutschland.

Manche Schätzungen gehen sogar von weitaus höheren Zahlen aus – demnach sollen mittlerweile bereits bis zu 203 Millionen Hektar Land in der Hand von ausländischen Investoren sein. →

Land Grabbing: Hauptziel Afrika

So viele Millionen Hektar Ackerfläche in diesen Regionen wurden zwischen 2000 und 2014 von ausländischen Investoren gekauft bzw. gepachtet



Inhalt

Eurozone. Die Strukturreformen in Griechenland – sowie in Portugal, Spanien und Italien – sind zahlreicher als gedacht. Wichtiger noch: Sie tun zwar weh, aber sie wirken.
Seite 4-5

Telearbeit. Während die Familienministerin für mehr Homeoffice-Arbeitsplätze wirbt, erschwert die Bundesarbeitsministerin dies durch immer neue Vorschriften.
Seite 6-7

Hamburg. Am 15. Februar wählen die Hanseaten ein neues Stadtparlament. Wirtschaftlich steht Hamburg gut da, Bürgermeister Scholz muss keine Wechselstimmung fürchten.
Seite 8

→ Ein Grund für die gestiegene Nachfrage nach Anbaufläche ist die rasant wachsende Weltbevölkerung und der damit zunehmende Bedarf an Nahrungsmitteln. Hinzu kommt, dass sich durch den Anstieg des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens, vor allem in den Schwellenländern, auch die Ernährungsgewohnheiten ändern und mehr tierische Nahrung und Getreide nachgefragt werden. Da es in vielen Ländern aber an bestellbarem Boden mangelt und die Nahrungssicherung gefährdet ist, kaufen oder pachten Unternehmen im großen Stil Anbauflächen im Ausland.

Seit 2000 haben ausländische Investoren aus nahezu 90 Staaten in 74 Zielländern in Land investiert. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Entwicklungsländer mit günstigen Klima, fruchtbaren Böden und niedrigen Löhnen – beste Bedingungen also für kostengünstigen Anbau (Grafik Seite 1):

Onlineplattform „Land Matrix“

Die Initiative „Land Matrix“ ist ein Onlinedienst von verschiedenen internationalen Forschungseinrichtungen, dazu gehört die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die sich für Transparenz und Verantwortung bei Investitionen in Boden einsetzt. Die Website wird laufend aktualisiert und enthält Informationen über großflächige Landkäufe, die seit dem Jahr 2000 geplant, abgeschlossen oder gescheitert sind und ein Gebiet von jeweils mehr als 200 Hektar umfassen. Die Datenbank erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll aber durch die Mitarbeit der User immer weiter vervollständigt werden. In vielen Ländern gibt es keine Vorschriften zur Abwicklung der Landkäufe. Die Verhandlungen finden häufig abseits der Öffentlichkeit statt und wenn Informationen nach außen gelangen, weichen sie stark voneinander ab. „Land Matrix“ sammelt die Informationen deshalb von inoffiziellen Quellen – dazu gehören Berichte von internationalen Organisationen, der Medien sowie von Unternehmen.

Zwischen 2000 und 2014 wurden in Afrika nahezu 21 Millionen Hektar Ackerfläche an ausländische Investoren verkauft oder verpachtet.

Viele Investoren kommen aus Schwellenländern – häufig herrscht

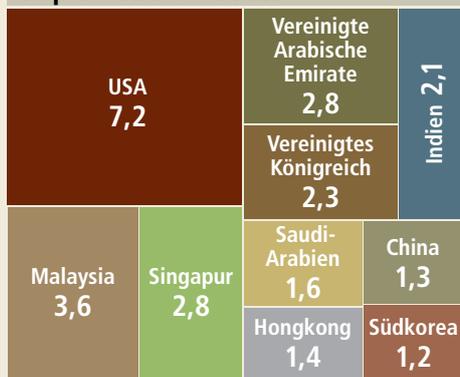
in ihrer Heimat Wassermangel, so dass sich der Boden nur begrenzt zur Landwirtschaft eignet. So baut zum Beispiel Ägypten im Sudan Weizen an. Ähnliches gilt für Indien und China: Durch ihre stark wachsende Bevölkerung ist die Nachfrage nach Nahrungsmitteln geradezu explodiert. Zudem stehen durch Industrialisierung und Verstädterung immer weniger Agrarflächen zur Verfügung. Aber auch Industrieländer sind an Anbauflächen im Ausland interessiert. Am meisten Land haben die USA im Ausland gekauft oder gepachtet – rund 7,2 Millionen Hektar (Grafik).

Mehr als ein Viertel aller Flächen wird für den Anbau von Nahrungspflanzen genutzt, ein weiteres Fünftel für Biokraftstoffpflanzen (Grafik Seite 3). Eine klare Trennung zwischen diesen beiden Nutzungsgruppen ist jedoch nicht möglich, da sich einige Pflanzen sowohl als Nahrungsmittel als auch zur Herstellung von Biokraftstoffen eignen.

Richtig eingesetzt können die Investitionen aus dem Ausland durchaus positive Effekte auf die jeweilige Region haben, zum Beispiel durch neue Arbeitsplätze oder den Ausbau von Infrastrukturprojekten (siehe Pro und Kontra Seite 3). Allerdings fehlen dazu vielerorts die rechtlichen Grundlagen. Die meisten Klein-

Handelsware Boden

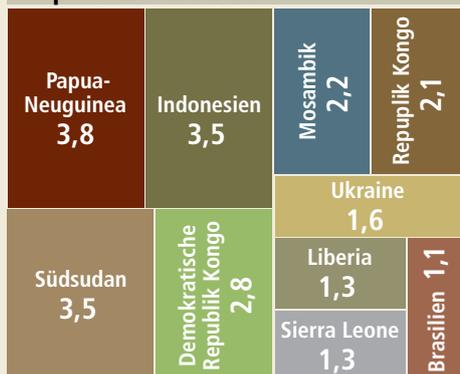
Top 10 Investoren



Private oder staatliche Investoren aus diesen Ländern haben seit dem Jahr 2000 so viele Millionen Hektar Ackerfläche im Ausland gekauft bzw. gepachtet

Zum Vergleich: Deutschland als Investor
0,3

Top 10 Zielländer



In diesen Staaten wurden seit dem Jahr 2000 so viele Millionen Hektar Ackerfläche von Investoren aus dem Ausland gekauft bzw. gepachtet

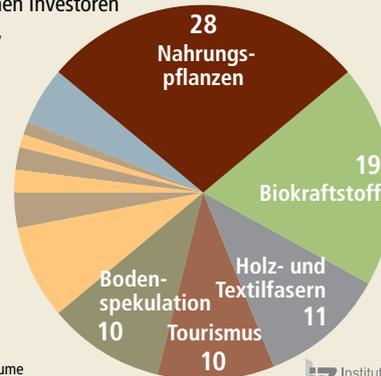
Zum Vergleich: Deutschland hat eine Fläche von
35,7 Millionen Hektar

bauern haben nur Gewohnheitsrechte, die sie aber häufig im Zuge der großflächigen Landkäufe verlieren. Vereinbarte Entschädigungen bleiben oft aus. Manche Kritiker sprechen daher schon von einem Kolonialismus 2.0. Um die Lebensgrundlagen der betroffenen Menschen zu sichern, fordern internationale Organisationen deshalb verlässliche Rechte für die Nutzung und den Zugang von Land.

Land Grabbing: Hauptmotiv Landwirtschaft

Für diese Zwecke wird das von ausländischen Investoren gekaufte bzw. gepachtete Land verwendet, in Prozent

Keine Angabe	5
Kohlenstoffbindung	1
Erneuerbare Energien	1
Industrieansiedlung	2
Viehwirtschaft	2
Andere landwirtschaftliche Güter	3
Bergbau	8



Stand: April 2013; Kohlenstoffbindung: dabei werden z.B. Bäume als CO₂-Speicher genutzt; Quelle: New Internationalist Magazine

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 7

PRO



Günter Nooke, persönlicher Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mitten in Sambia: ein intaktes Schulhaus, nette Lehrer, freundliche Schüler und ein aufgeräumter

Gemüsegarten, neue Häuser für Angestellte und Schulungsprojekte für Kleinbauern. Das erlebte ich bei meinem Besuch des deutschen Agrarunternehmens Amatheon Agri. Hier zeigen sich die positiven Nebeneffekte privater Investitionen. Die Schlagzeilen sehen oft anders aus, wenn es um Landwirtschaft in Afrika geht: Land Grabbing, Vertreibungen, Enteignungen, Investitionen in den Hunger.

Beide Phänomene sind real: Investitionen können zu nachhaltiger Entwicklung beitragen und sie können Entwicklungserfolge oder gar Lebensgrundlagen zerstören. Wie müssen also Agrarinvestitionen ausgestaltet sein, um positive Wirkungen zu erzielen?

Kernelement verantwortungsvoller Investitionen ist die Anerkennung der Landrechte traditioneller Nutzer. Diese sind oftmals nur Gewohnheitsrechte und somit nicht formalisiert. Es geht im Grundsatz um das Recht auf eine freie, vorherige und informierte Zustimmung zu Landnutzungsfragen, insbesondere von marginalisierten oder indigenen Bevölkerungsgruppen. Wichtig ist dabei eine ökologische und soziale Folgenabschätzung. Verantwortlichkeiten des Investors, ebenso wie die des Staates, sollten klar benannt sein. Geeignetes Monitoring sowie Beschwerde- und Konfliktlösungsmechanismen tragen zum reibungslosen Ablauf bei.

Investitionsentscheidungen sind immer wirtschaftlich begründet und müssen doch soziale und ökologische Folgen berücksichtigen. Dazu bieten neben dem jeweiligen nationalen Recht auch internationale Vereinbarungen, Leitlinien und Prinzipien Orientierung für Politik und Unternehmen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzt sich in vielfältiger Weise für die Schaffung solcher Rahmenbedingungen für Investitionen ein.

Die Herausforderung für die afrikanische Landwirtschaft besteht im Übergang von der Subsistenzwirtschaft zu kleinbäuerlichen Strukturen mit profitablen Kleinbetrieben, die vielen Menschen Arbeit geben und Einkommen schaffen. Damit sich Afrika dauerhaft selbst, ohne Hilfsgüter von außen, ernähren und seine Chancen auf internationalen Märkten nutzen kann, sind auch verantwortungsvolle Großinvestitionen wie die von Amatheon notwendig.

KONTRA



Marion Aberle, entwicklungspolitische Referentin, Deutsche Welthungerhilfe

Land Grabbing bezeichnet schlagworthaft den Prozess des Erwerbs von großen Landflächen

durch Kauf oder – wie es häufig der Fall ist – durch langfristige Pachtverträge von 50 Jahren und mehr. Zahlreiche Dokumentationen, zumeist von international tätigen Nichtregierungsorganisationen, zeigen, dass dieser Prozess oft von schwerwiegenden Problemen begleitet ist, von der Missachtung von Landrechten bis hin zu gewalttätigen Vertreibungen unter Einsatz von Polizei- und Militärgewalt.

Der Verlust von Land spielt sich oft in einem rechtlich schwierigen Umfeld ab. In vielen Entwicklungsländern, die zum Ziel großflächiger Landinvestitionen geworden sind, sind Landrechte nicht gesichert. Entweder haben die Landnutzer keine Besitzrechte, wie es häufig bei Frauen der Fall ist, oder es handelt sich um gemeinschaftlich genutztes Land, das von einem traditionellen Führer meist mehr schlecht als recht verwaltet wird.

Für diese Fälle wurde das internationale Rechtsinstrument des „free, prior and informed consent“ entwickelt, also die informierte Konsultation der Betroffenen. Am Ende eines solchen Prozesses sollte ein fairer Ausgleich stattgefunden haben in Form von Kompensationen oder Sozialleistungen. Die Regel ist leider: Menschen verlieren den Zugang zu Land, die Grundlage ihrer Ernährung und ihres Einkommenserwerbs. Es entstehen kaum Arbeitsplätze oder sie werden an andere vergeben. Die Großinvestoren haben im besten Fall ein paar Sozial- oder Entwicklungsprojekte gestartet.

Nun kann man argumentieren, es sei Aufgabe der jeweiligen Regierung, sich um die Folgen zu kümmern, schließlich hat sie den Großinvestor ins Land gelassen. Ja, es ist ein großes Problem, dass sich die aktuellen Investitionen in Ländern abspielen, die schlecht regiert werden und in denen Korruption grassiert. Aber es muss im eigenen Interesse eines verantwortlichen Investors sein, sich vor dem Start des Unternehmens Zeit für Prüfung und Kommunikation zu nehmen.

Entwicklungspolitische Steuerung ist gefragt. Nur wenn es klare Strategien gibt, wie Hunger und Armut in einem bestimmten Land zu überwinden sind, werden ausländische Investitionen ihren Teil dazu beitragen können.

Gute Medizin schmeckt bitter

Eurozone. Auch wenn der Grundsatzstreit zwischen der neuen Regierung in Athen und dem übrigen Europa um den richtigen Kurs etwas anderes suggeriert: Die Strukturreformen in Griechenland – sowie in Portugal, Spanien und Italien – sind zahlreicher als gedacht. Und: Sie tun zwar weh, aber sie wirken.

Der Reformkurs soll nach dem Willen der neuen Regierung in Griechenland grundlegend verändert werden. Doch um zu beurteilen, ob der eingeschlagene Weg richtig oder falsch ist, muss man erst einmal sehen, was genau das Problem ist und wann es angefangen hat.

Griechenland, Portugal, Spanien und Italien litten nämlich bereits vor der Währungsunion unter einer sin-

kenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit, hohen Leistungsbilanzdefiziten sowie starren Arbeits- und Produktmärkten. Die Währungsunion – dachten die Europäer damals – würde diese Länder zu Reformen zwingen und sie so darauf einstellen, dass sie keine eigene Geld- und Währungspolitik mehr haben.

Das hat nur teilweise funktioniert. Erst durch die Krisen ab 2008 ist der

Reformdruck so groß geworden, dass die einzelnen Regierungen gar nicht mehr anders konnten, als ihre Länder teilweise gründlich umzukrempeln.

Und das mit Erfolg, wie eine Untersuchung des IW Köln zeigt:

Arbeitsmarkt. Strenger Kündigungsschutz, strikte Regeln für Befristungen und Zeitarbeit sowie eine großzügige Arbeitslosenunterstützung – das sind typische Formen der Regulierung, mit der ein Staat zwar die Beschäftigten schützen will, in aller Regel aber ein zusätzliches Problem schafft: einen starren Arbeitsmarkt, auf dem es Jobsuchende besonders schwer haben.

Die Krisenländer sind diese Probleme auf breiter Front angegangen. Portugal und Spanien haben zum Beispiel ihre sehr hohe Arbeitslosenunterstützung reduziert; Griechenland hat unter anderem die hohen Abfindungszahlungen der Unternehmen gekappt, und in Italien sind Befristungen heute eher möglich als früher. Zudem haben alle vier Länder ihren teils strengen Kündigungsschutz gelockert.

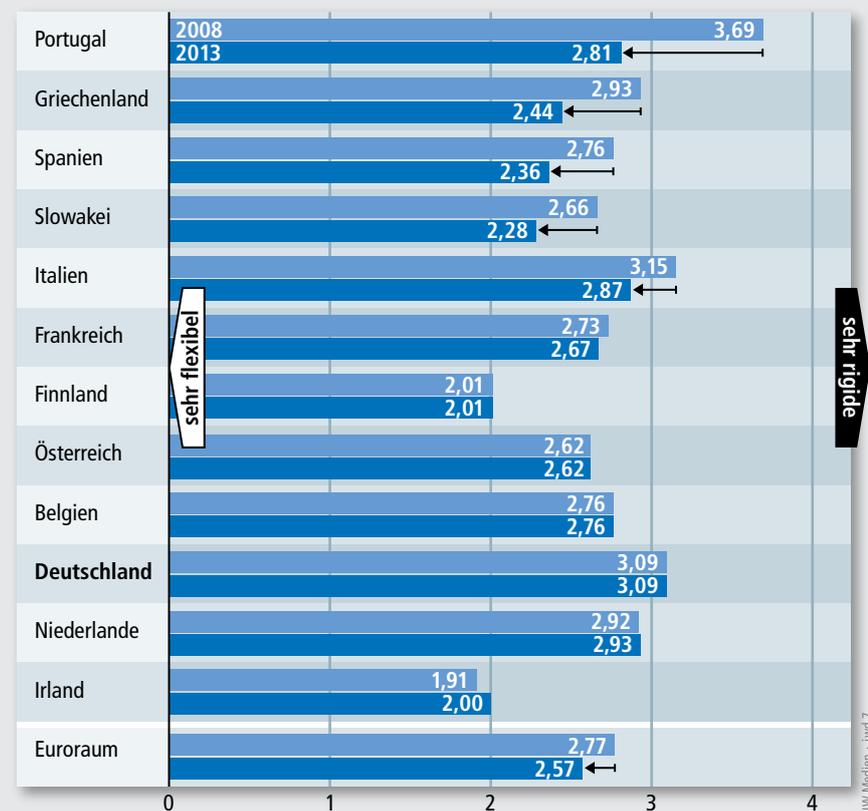
Wie groß das Engagement der Krisenländer in Sachen Arbeitsmarkt war und ist, zeigt ein OECD-Ranking (Grafik):

Portugal, Griechenland, Spanien und Italien haben ihren Schutz für unbefristete Stellen seit 2008 spürbar flexibilisiert und rangieren mittlerweile weit vor Deutschland – wo es laut OECD seit 2008 gar keine Deregulierung des Arbeitsmarktes mehr gegeben hat.

Tarifpolitik. In den meisten südeuropäischen Staaten haben sich die

Krisenländer bei Reformen vorn

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 haben viele Euroländer ihre Arbeitsmärkte reformiert. Die OECD misst das Ausmaß an Beschäftigungsregulierungen – dazu gehören restriktive Vorschriften bei Entlassungen und beim Kündigungsschutz – auf einer Skala von 0 (sehr flexibel) bis 6 (sehr rigide)



Euroraum: Durchschnitt der aufgeführten Länder; Ursprungsdaten: OECD

Tarifabschlüsse lange Zeit kaum an der Produktivität und der Konjunktur orientiert. Auch dezentrale Verhandlungen, Betriebsnähe und Öffnungsklauseln waren in der Tarifpolitik eher Fremdworte.

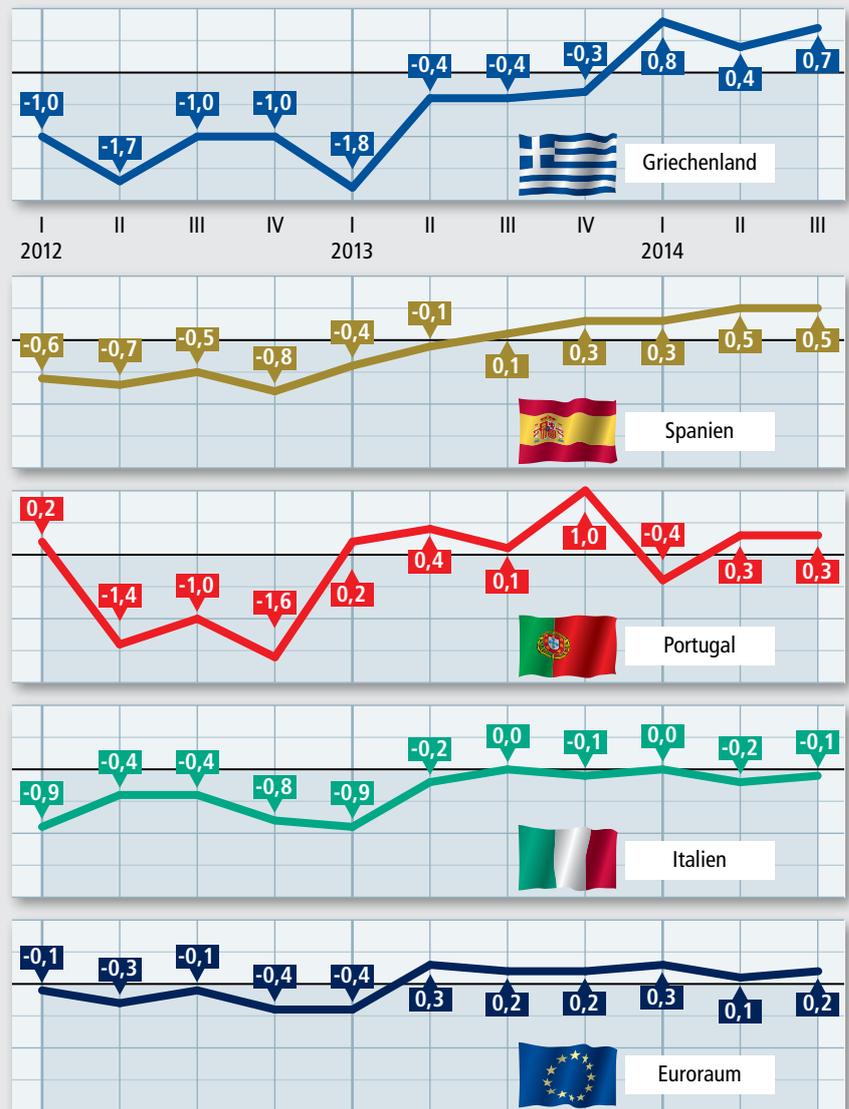
Inzwischen haben die Krisenstaaten auch hier vieles auf den Weg gebracht. Griechenland, Spanien und Portugal haben zum Beispiel betrieblichen Tarifvereinbarungen Priorität eingeräumt; Italien hat in einigen Branchen zwischen 2011 und 2013 sogar die Nominallöhne eingefroren und überall gibt es Öffnungsklauseln oder andere Instrumente, mit denen sich die betriebliche Wirklichkeit besser in die Lohnverhandlungen einbinden lässt.

Produktmärkte. Eine bessere Wettbewerbsordnung durch mehr Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörden, vereinfachte Unternehmensgründungen und eine Liberalisierung der freien Berufe sowie des Einzelhandels – das sind die wichtigsten Reformen, mit denen Griechenland, Portugal und Italien ihre Waren- und Dienstleistungsmärkte gestärkt haben. Obwohl Spanien auf diesem Gebiet bereits vor der Krise gut aufgestellt war, hat es auch dort in begrenztem Umfang noch weitere Reformen gegeben.

Bleibt die Frage: Was hat das alles gebracht? Viele Menschen in den Krisenländern sehen nur die nach wie vor hohen Arbeitslosenzahlen und sind entsprechend enttäuscht. Tatsächlich aber gibt es auch Indikatoren, die zeigen, dass die Länder auf dem richtigen Weg sind – auch wenn dieser Weg kein leichter ist. Das gilt zum Beispiel für die Entwicklung der Löhne und Gehälter. In Spanien und Italien fallen die Lohnerhöhungen heute deutlich bescheidener aus als früher; in Grie-

Reformen helfen dem Wachstum

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Bruttoinlandsprodukt: saison- und arbeitstäglich bereinigt; Quelle: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 7

chenland und Portugal gibt es sogar schmerzliche Lohneinbußen. Was für den Einzelnen bitter ist, ist für die Volkswirtschaft insgesamt heilsam – denn deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit hängt nun mal wesentlich von den Arbeitskosten ab. Und wenn eine Abwertung nicht möglich ist, müssen die Löhne hinreichend flexibel sein.

Diese Strategie hat in Portugal dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit von 17,6 Prozent im ersten Quartal 2013 auf 13,6 Prozent im dritten Quartal 2014 gesunken ist.

Der wohl beste Beleg für die Wirksamkeit der Reformen aber ist das Wirtschaftswachstum (Grafik). Griechenland zum Beispiel kam im ersten Quartal 2014 auf ein reales Plus gegenüber dem Vorquartal von 0,8 Prozent – es war das erste Quartalswachstum seit Ende 2009 – und schrieb auch im zweiten und dritten Quartal schwarze Zahlen. Spanien und auch Portugal verzeichnen inzwischen ebenfalls wieder Zuwächse.

Vgl. IW policy paper 5/2015 unter:
iwkoeln.de/strukturreformen

Neue Vorschriften bremsen Home

Telearbeit. Während Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) für familienfreundliche Homeoffice-Arbeitsplätze wirbt, erschwert Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) die Verbreitung von Telearbeit durch immer neue Vorschriften. Unternehmen und Mitarbeiter freut das wenig.

Die Bundesregierung steht der Telearbeit aufgeschlossen gegenüber – eigentlich. Im Rahmen ihrer digitalen Agenda 2014 bis 2017 will sie

zwar das Thema voranbringen. Allerdings arbeiten hier zwei SPD-geführte Ministerien eher gegen- als miteinander:

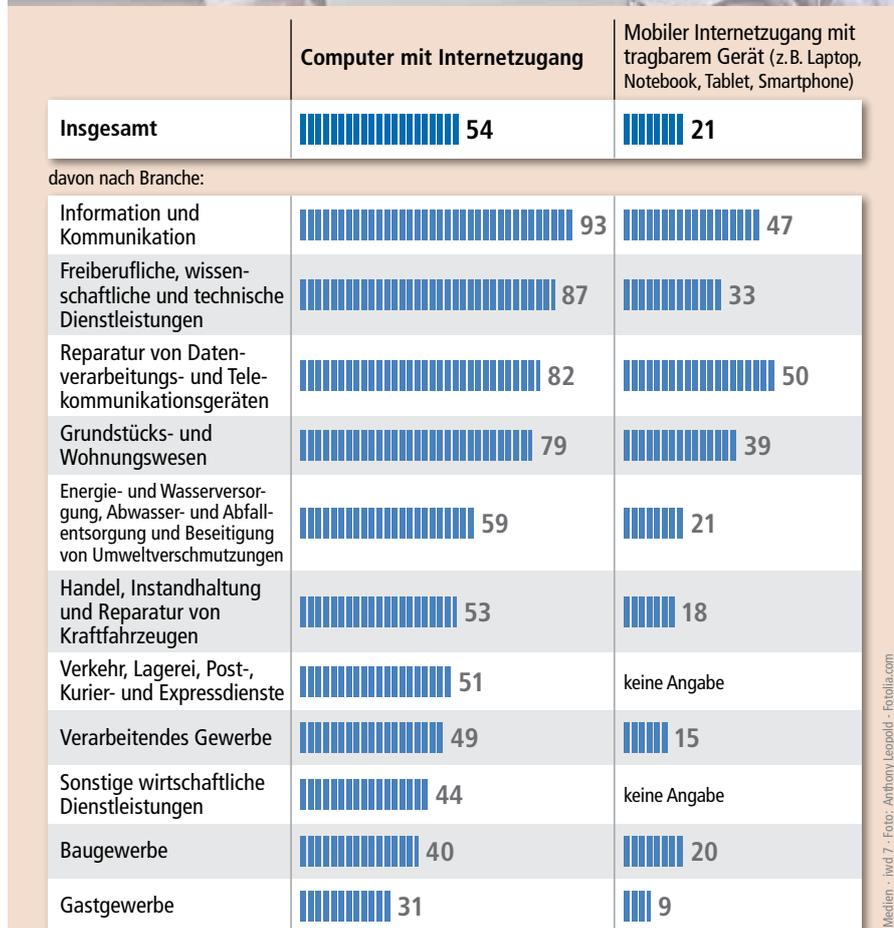
Pro Telearbeit. Einen neuen Aufschlag in Sachen familienfreundliches Arbeiten machte im Sommer 2014 Bundesfamilienministerin Schwesig, die selbst pro Woche einen Tag im Homeoffice verbringt, mit einem Leitfaden. Sie wünscht sich von der Wirtschaft explizit mehr Telearbeitsplätze. Wie man auf diese Weise Beschäftigte mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen darin unterstützt, Beruf und Familie besser zu vereinbaren, hat sie in der Broschüre auflisten lassen („Mit Home-Office-Modellen Familie und Beruf gut vereinbaren. Fakten, Vorteile, Herausforderungen, Tipps“ – Download unter erfolgsfaktorfamilie.de).

Dabei zeigen zum Beispiel Checklisten den Interessenten, welche Tätigkeiten sich für das Arbeiten im Homeoffice eignen und welche Aspekte Beschäftigte und Vorgesetzte berücksichtigen sollten, damit beide Seiten zufrieden sind.

In eine ähnliche Richtung geht eine Beispielsammlung der Metall- und Elektro-Industrie – „Familie und Beruf im Herz der Wirtschaft, Best-Practice-Beispiele aus der Metall- und Elektro-Industrie“ –, eine Initiative, die auch vom Ministerium unterstützt wird (Download unter familienfreundliche-industrie.de).

Kontra Telearbeit. Das Bundesarbeitsministerium droht jetzt allerdings mit dem „Verordnungsentwurf zur Änderung von Arbeitsschutzverordnungen“, alle Bemühungen von Schwesig, mobiles Arbeiten voranzubringen, zu durchkreuzen.

Schon die Beschreibung von Telearbeit geht an der Realität vorbei.



Befragung von 20.000 Unternehmen zwischen März und Juli 2014
Quelle: Statistisches Bundesamt

office aus

Demnach wären „Telearbeitsplätze vom Arbeitgeber eingerichtete Bildschirmarbeitsplätze im Privatbereich der Beschäftigten“. Offenbar übersieht man im Ministerium, dass sich Telearbeiter in der Regel zu Hause selbst ihren Arbeitsplatz nach eigenen Vorstellungen einrichten und für gute Arbeitsbedingungen sorgen.

Trotzdem sieht der Entwurf vor, Teile der Arbeitsstättenverordnung auch auf bereits eingerichtete Telearbeitsplätze anzuwenden. So soll der Arbeitgeber prüfen, ob die Beleuchtung mindestens 500 Lux beträgt, ob der Raum mit dem Telearbeitsplatz durch den laufenden Computer nicht zu warm wird und ob der Schreibtisch auch groß genug ist, um vor der Tastatur des PCs ein Auflegen der Handballen zu ermöglichen.

Dies alles verursacht nicht nur mehr unnötige Bürokratie. Die vorgesehene Kontrollpflicht des Arbeitgebers berührt auch das Thema Unverletzlichkeit der Wohnung:

Mitarbeiter brauchen weder ihren Arbeitgeber noch eine Arbeitsschutzbehörde in ihre Wohnung oder ihr Haus zu lassen.

Auf die Frage, wie die Firmen solche Vorgaben überprüfen oder gar die Überprüfung gewährleisten könnten, war aus dem verantwortlichen Ministerium nur zu hören, dass die Arbeitgeber ja nicht verpflichtet seien, ihren Beschäftigten einen Telearbeitsplatz anzubieten.

Statt also das mobile Arbeiten voranzubringen, wird hier der von der Bundesregierung selbst gewünschte weiteren Verbreitung von Telearbeit ein Bären dienst erwiesen.

Homeoffice: Wunsch und Wirklichkeit

So viel Prozent der Befragten arbeiten gelegentlich oder regelmäßig im Homeoffice



	Alle Erwerbstätigen	Ange-stellte	Beamte	Arbeiter	Selbst-ständige
Mindestens einmal im Monat	23	28	14	22	47
Mindestens einen Tag in der Woche	21	23	29	0	53
So viel Prozent der Befragten, die Telearbeit noch nicht beruflich nutzen können, würden dies gerne tun	41	55	51	21	–

Repräsentative Befragung von 1.006 Personen in Deutschland im Frühjahr/Sommer 2014
Quelle: BITKOM

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 7 - Foto: Anthony Leopold - Fotolia.com

Die Wirtschaft dagegen macht Nägel mit Köpfen. Zum einen stellen Arbeitgeber bereits jedem fünften Beschäftigten einen mobilen, internetfähigen Computer zur Verfügung (Grafik Seite 6). Zum anderen kann der Mitarbeiter dank Flatrate permanent mit der Firma online und per Telefon kommunizieren, ohne dass zusätzliche Kosten anfallen.

Besonders gut sind die Voraussetzungen für Telearbeit in der Informations- und Kommunikationsbranche. Dort steht die entsprechende Technik schon jedem zweiten Beschäftigten zur Verfügung. Aber auch das Verarbeitende Gewerbe hat aufgerüstet – jeder siebte Mitarbeiter kann dort mobil arbeiten. Damit sind zum Beispiel Produktionsmitarbeiter mancherorts in der Lage, von daheim intelligente Werkzeugmaschinen zu steuern und zu überwachen.

Dass sich mobiles Arbeiten weiter verbreiten wird, ist zu erwarten – nicht zuletzt aus personalwirtschaftlichen Gründen:

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können mit regelmäßigen Homeoffice-Tagen ihre familiären oder ehrenamtlichen Verpflichtungen besser meistern.
- Unternehmen wollen mit der Möglichkeit zur Telearbeit bei der Generation Smartphone punkten. In Zeiten des demografischen Wandels müssen Firmen attraktive Arbeitsbedingungen anbieten, um qualifizierte Mitarbeiter zu finden und zu binden.

Für beide Seiten ist Telearbeit also eine Win-win-Situation, zumal die Erfahrung zeigt, dass viele Mitarbeiter im Homeoffice produktiver sind als in der Firma (vgl. iw-d 3/2015).

Wegen der Vorteile arbeitet heute schon fast die Hälfte aller Erwerbstätigen gelegentlich oder regelmäßig im Homeoffice, wobei Angestellte und Beamte die Speerspitze dieser Arbeitsform bilden. Aber auch ein Fünftel der Arbeiter erledigt einen Teil der Aufgaben vom heimischen Schreibtisch aus (Grafik).

Wichtiger Hafen

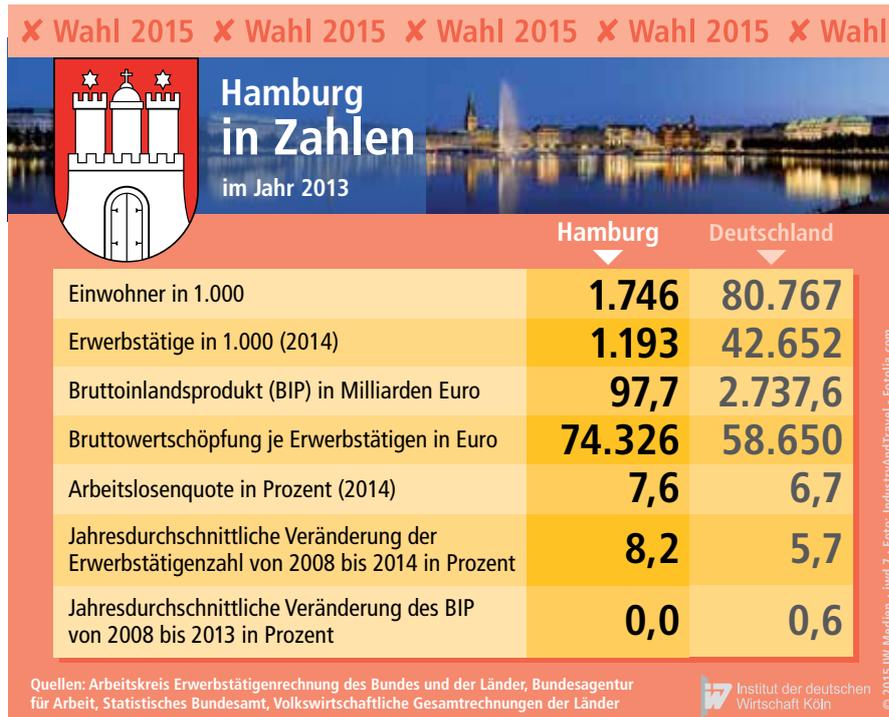
Hamburg. Am 15. Februar wählen die Hamburger ein neues Stadtparlament – die Bürgerschaft. Wirtschaftlich steht die Hansestadt trotz einiger Schwachpunkte gut da, Bürgermeister Olaf Scholz muss keine Wechselstimmung fürchten.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 53.600 Euro je Einwohner im Jahr 2013 ist Hamburg das stärkste Bundesland. Mit Düsseldorf, München oder Stuttgart gibt es in den Flächenländern allerdings eine Reihe von Städten, die eine noch höhere Wirtschaftskraft aufweisen.

Beim Wachstum war Hamburg im ersten Halbjahr 2014 mit real nur 0,7 Prozent sogar das schlechteste Bundesland – was sich auch auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt (Grafik):

Mit durchschnittlich 7,6 Prozent ist die Arbeitslosenquote in Hamburg 2014 leicht gestiegen. Bundesweit dagegen fiel die Quote um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte.

Adressaufkleber



Zu den Baustellen, die dem Senat Kopfschmerzen bereiten, gehört nicht nur die Elbphilharmonie – sie soll 2017 mit siebenjähriger Verspätung fertiggestellt werden und kostet mit knapp 800 Millionen Euro zehn Mal so viel wie veranschlagt. Auch die vom Bundesverwaltungsgericht gestoppte Vertiefung der Elbfahrerinne schafft Probleme. Große Containerschiffe können den Hafen nicht voll beladen anlaufen. Dabei ist der Seehandel eine der Lebensadern:

Nach einer Untersuchung des Zentralverbands der deutschen Seehafenbetriebe hängen in Hamburg mehr als 150.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt vom Hafen ab.

Nur 9 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten in der Industrie, vorrangig in der Luftfahrtbranche bei Airbus.

Eine Trumpfkarte der zweitgrößten deutschen Stadt ist die Hafencity. Bis 2025 sollen an der Elbe auf einem 220 Fußballfelder großen Gelände 6.000 Wohnungen, eine Universität sowie Büros und Hotels für 45.000 Menschen entstehen.

Aber nicht nur am Hamburger Hafen wird gebaut: Im Jahr 2013 ist es dem Senat gelungen, die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen um ein Fünftel auf 10.000 zu steigern und dieses hohe Niveau auch 2014 zu halten. Allerdings weist Hamburg von den drei größten deutschen Metropolen derzeit das geringste Bevölkerungswachstum auf – 2013 kamen 11.000 Menschen hinzu, während die Bevölkerung in Berlin um 47.000 und in München um 20.000 Menschen zunahm.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.